

Abonnements
werden kein Betrag und dessen
bekanntes Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (Post-
frei per Brief-Geldert)
Mk. 2,75 für Österreich (Post-
frei per Brief-Geldert)
Mk. 2, — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Post-Geldert).

Inserate
die regelmäßige Beilage
S. 25 bis 27. — 20 Cts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

Nr. 2.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

12. Januar 1890.

Parteilosen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Alle Postzahlungen

verlangbare man stets einfach an unsere Geschäftsadresse

G. Bernstein & Co.

Nro. 114 Kentish Town Road, London, N. W.

direkt zahlbar bei der

Kentish Town Road Post-Office.

Bei Abendung avisire man uns sofort direkt Absendername und Ort.

Aus Frankreich und Amerika sind stets die Mandats de poste, resp. Money Orders beizulegen, da anders d. s. Geld hier nicht erhoben werden kann.

Postzahlungen aus Deutschland vermeide man.

Im Falle der Nichtbeachtung obiger Vorschriften eintretende Weiterungen oder Verluste verantworten wir nicht.
Der Sozialdemokrat.

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen.

I.

Wir haben in vorletzter Nummer die allgemeine Bedeutung der Wahlthätigkeit für die Sozialdemokratie erörtert, und wollen noch einige weitere Betrachtungen darüber anstellen, um sodann die spezielle Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstage zu erörtern.

Wir gehören nicht zu denen, die den Wahlkampf lediglich vom agitatorischen Gesichtspunkt aus betrachten. Ohne uns über die Mangelhaftigkeit des Parlamentarismus im Allgemeinen und die des deutschen Parlamentarismus im Besonderen Täuschungen hinzugeben, verhehlen wir uns doch nicht, daß selbst der Letztere ein Faktor im öffentlichen Leben geworden ist, dessen Einfluß nach verschiedenen Richtungen hin auch für die Arbeiterklasse verhängnisvoll sein kann. Es ist durchaus nicht gleichgültig, wie der nächste Reichstag zusammengesetzt ist, und um so weniger gleichgültig, als derselbe bekanntlich, Dank der zusammenschwindenden Kartellmehrheit, auf fünf Jahre gewählt wird. Nichts falscher als die Axiomart: „was scheidet uns die Zusammenlegung des Reichstags oder irgend eines Parlaments der Welt? In den Parlamenten wird die soziale Frage ja doch nicht gelöst werden.“ Der Schlusssatz ist richtig, aber seine Anwendung ist falsch. Die „Lösung der sozialen Frage“ hängt von der Gestaltung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, von der Steigerung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat ab, Dinge, die sich viel stärker außerhalb als innerhalb der Parlamente geltend machen, außerhalb derselben zu revolutionären Umgestaltungen treiben. Insofern haben die sog. antiparlamentarischen Sozialisten recht. Was sie verkennen, ist Erstens, daß, so wenig wie die Parlamente, irgend eine politische oder revolutionäre Partei den Zeitpunkt bestimmen kann, wann diese Umgestaltungen sich vollziehen, und Zweitens, daß diese Umgestaltungen um so eher, um so gründlicher, mit um so geringern Opfern für die Arbeiterklasse selbst sich vollziehen werden, je kräftiger, je mehr geschildert, je besser organisiert, je reifer mit einem Wort die Arbeiterklasse ihnen entgegengeht. Ein unwissendes, gedrücktes, unorganisiertes Proletariat kann zerstören, kann sehr viel Blut vergießen, aber es ist unfähig, zu herrschen, unfähig, aufzubauen. Und darum ist es keineswegs gleichgültig, wie bis zu jener Zeit die Lage der Arbeiter sich gestaltet, ist es keine nebensächliche Frage, ob sie größere oder geringere Bewegungsfreiheit haben, ob sie am politischen Leben, an der ganzen Kulturentwicklung bewußt teilnehmen oder als bloßes Arbeitsvieh in erzwungenem Stumpfsinn dahinleben. So falsch, so antisozialistisch es wäre, über die Bedürfnisse des Augenblicks, über die Fragen des Tages den Blick, das Interesse für die große, umfassende Frage aller Fragen aus dem Auge zu verlieren, so antisozialistisch, so antirevolutionär wäre es, über die zukünftige Umgestaltung die Interessen des Tages zu vernachlässigen. Es handelt sich hier nicht um Gegensätze, sondern um Ergänzungen. Wir sollen keinen unfruchtbareren Utopismus treiben, aber auch keinen gesinnungslosen Opportunismus oder Possibilismus. Wir sollen keine Sklaven der Zweckmäßigkeit, keine Anbeter der Erfolge des Augenblicks sein, wohl aber sollen wir stets zweckmäßig zu handeln und das Mögliche durchzusetzen suchen. Jeder Vorteil, den wir der Arbeiterklasse heute erkämpfen, jedes Recht, das wir ihr erobern oder sichern helfen, fördert ihre endliche Emanzipation. Und bestreiten wollen, daß in dieser Hinsicht die Parlamente heute nach beiden Seiten hin einen ziemlich wirksamen Wirkungsbereich haben, heißt die Augen dem Licht des Tages verschließen.

Es sind also nicht nur Propagandarsüchten im engeren Sinne, die es der Sozialdemokratie zur Pflicht machen, ihren parlamentarischen Einfluß so viel als möglich zu stärken.

Das Letztere geschieht nun nicht nur dadurch, daß die Sozialdemokratie sucht, so zahlreich als möglich im Parlament zu erscheinen. Ob 10 oder 20 oder 30 sozialdemokratische Abgeordnete im Parlament sitzen, fällt bei den Abstimmungen allerdings in's Gewicht, aber doch nur, wo die bürgerlichen Vertreter unter sich uneinig sind, beeinflusst indes an sich deren Bostum nicht. Wenn aber neben den dreißig, ja auch nur zehn sozialdemokratischen Abgeordneten einige hundert bürgerliche Abgeordnete sitzen, denen in ihren Wahlkreisen das sozialdemokratische Feuer auf den Nägeln brennt, so wird das bei verschiedenen Gelegenheiten ganz erheblich in's Gewicht fallen. Schon heute können wir es beobachten. So wenig die Vortheile sind, die die Arbeiterversicherungsgegebung der Arbeiterklasse bietet, so wäre selbst diese nicht geschaffen worden, wenn die Furcht vor der sozialdemokratischen und von der Sozialdemokratie beeinflussten Wählererschaft nicht den Herrschenden auf den Nägeln brennte. Wir haben es schon des Öfteren ausgesprochen, und wollen es auch hier wiederholen: Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, sich zu der Sozialreform-Demagogie der herrschenden Klassen zu gratulieren. Nicht nur ist sie ein Erfolg ihrer Agitation, so daß Alles, was für die Arbeiter an Vorteilen dabei herauspringt, auf ihr Konto fällt, sondern sie ist auch an sich eine nicht zu unterschätzende Unterstützung ihrer Agitation. Was ist die Hauptaufgabe derselben? Das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zu stärken. Und das thun — wenn auch sehr wider Willen — die heutigen Machthaber mit ihrer Sozialdemagogie ebenfalls. Sie beschäftigen den Arbeiter die Schuld, die die heutige Gesellschaft an dieselben hat. Und das genügt vor der Hand. Für die Eintreibung werden die Arbeiter schon selbst sorgen.

Ebenso ist das Schauspiel, das der Reichstag gerade jetzt in der Verathung der Verlängerung des Sozialistengesetzes darbietet, als ein Erfolg der sozialistischen Wahlagitation zu betrachten. Ob das Sperren der Nationalliberalen gegen die unveränderte Verlängerung erheuchelt ist oder nicht, wollen und können wir dabei unerörtert lassen. Es genügt, daß sie es für nötig halten, sich zu sperren. Und sie halten es für nötig, weil die große Masse der nationalliberalen Abgeordneten in mehr oder minder industriellen Bezirken gewählt sind, wo die Arbeiterstimmen entscheidend in's Gewicht fallen. Die Herren müssen auf die Arbeiterstimmen Rücksicht nehmen, und weil sie dies müssen, helfen sie wider Willen den Sozialisten, die Nichtumgänglichkeit des Sozialistengesetzes, ihres eigenen Nachwerks, zu beweisen. Wozu wir ihnen nur Glück wünschen können.

An sich sind das freilich nur sehr unbedeutende Dinge, die noch keinen Arbeiter satt machen. Indes auch durch Wahlenthaltung ist noch kein Arbeiter satt geworden, und ebensov wenig durch die „Propaganda der That“. Aber wir wiederholen: Die Hauptsache liegt für uns in der moralischen Stärkung der Arbeiterklasse, darin, daß ihr das Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer Kraft beigebracht wird.

Darum ist es auch nach unserer Ansicht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, ihr vorzubeklamieren, der Stimmzettel sei für sie wertlos. O nein, das ist er durchaus nicht. Er ist kein revolutionärer Zauberstab, aber er ist ein Machtmittel, das, richtig angewendet, zu einem der wirksamsten Hebel ihrer Emanzipation wird. Je besserer Gebrauch die Arbeiter von dem Stimmzettel zu machen verstehen, um so mehr wird ihr Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten wachsen; das verhindert aber Derjenige, der „radikal“ zu sein glaubt, wenn er den Stimmzettel und den Wahlakt als eine wertlose Spielerei hinstellt.

Freilich, wer mit dem Stimmzettel „spielt“, für den ist er werthlos. Soll er als Kampfmittel seine Pflicht thun, so muß er als ernsthafteste Waffe aufgefaßt und behandelt werden.

Es werden nun hin und wieder Stimmen laut, die da meinen: „Das Wählen ist schon ganz gut, je mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, desto besser. Aber nur nicht zuviel sozialdemokratische Abgeordnete. Eine mäßige Anzahl — etwa ein Duzend — tüchtiger Redner im Reichstag, genügt vollständig. Werden es mehr, so gerathen sie in Gefahr, der parlamentarischen Versumpfung zum Opfer zu fallen.“ Im Gegensatz hierzu sind andererseits Stimmen dafür erhoben worden, die Partei solle ihre ganze Anstrengung auf die Wahlkreise konzentriren, die zu gewinnen sind, um möglichst viel Sitze zu erobern, das sei die Hauptsache.

Wir halten beide Ansichten für falsch. Die Sozialdemokratie muß sowohl möglichst viel Stimmen als möglichst viele Sitze zu erobern suchen, sowohl intensive wie extensive Propaganda entfalten. Wohl sind wir durchaus nicht blind gegen die Gefahren der parlamentarischen Versumpfung, aber sie müssen eben und sie werden überwunden werden.

Wenn die revolutionärste Partei, die die Geschichte kennt, sich durch solche Möglichkeiten von irgend einer sonst für möglich erkannten Aktion abstrahieren lassen dürfte, so wäre es besser, sie packte von vornherein ein. Denn Gefahren der Ver-

sumpfung und Ablenkung drohen ihr überall, innerhalb wie außerhalb des Parlaments.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich durch doktrinaire Anwandlungen nie beirren lassen, und die Erfahrung hat gezeigt, daß sie recht daran gethan. Sie wird auch diesmal gleichzeitig all ihre Kraft dahin aufbieten, möglichst viel Stimmen zu erhalten, wie möglichst viel Sitze zu erobern. Nicht nur das Letztere, auch das Erstere ist gerade im Hinblick auf die fünfjährige Legislaturperiode von höchster Wichtigkeit.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 8. Januar 1890.

— **Wie sie verbieten.** Nicht weniger als sechs Zeitungsverbote hat die Reichskommission neulich aufgehoben. Da diese Kommission außerhalb des letzten Verdachts jeder „reichsfeindlichen“ Anwandlungen steht, so zeigt ihr Beschluß, mit welcher bodenlosen Frivolität die verschiedenen Polizeipostämter in Deutschland von dem Rechte Gebrauch machen, das ihnen der famose Paragraph 11 des Sozialistengesetzes einräumt.

Wir können aber noch ein viel schlagenderes Beispiel anführen. In den obigen Fällen steht den Herren Reichs-Zensurbehörden allenfalls die Ausrede des Zweifels offen. Sie können ihre Verbotbeschlüsse auf irrtliche Voraussetzungen hin gefaßt, „aus Irrthum todtgeschlagen“ haben, wie das ja mandem Volke, auch wo es sich um Menschenleben handelte, schon passiert sein soll — im Orient natürlich. Todtschlag ist freilich Todtschlag; dem der todtgeschlagen wird, nützt die spätere Freistellung, daß die unglückselige That nur auf Grund eines „fatalen Mißverständnisses“ geschah, blutwenig, und der Verlust, der einem Verleger durch das Verbot seiner Zeitung erwächst, wird durch die nachträgliche Aufhebung des Verbots nicht aus der Welt geschafft. So sind Zustände, wo Behörden aus Irrthum verbieten können, unter allen Umständen verdammenwerth und weichen das Brandmal der Rechtslosigkeit auf. Was aber soll man dazu sagen, wenn ein Polizeipostamte eine Druckschrift verbietet, von der er weiß und wissen muß, daß sie nach Feststellung der höchsten Instanz, die das Sozialistengesetz kennt, nicht unter die Tragweite dieses Gesetzes fällt?

Vor etwa sechs Wochen erschien im Verlage der German Cooperative Printing and Publishing Co. in London in neuer Auflage die Düssel-dorfer Affären-Rede Ferdinand Lassalle's. Die Rede ist im Jahre 1849 gehalten worden, ist rein politisch, und zwar, wie es der Gegenstand, den sie behandelt, erhebt, bürgerlich politisch. Kein Wort vom Sozialismus, keine Rede, die „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“ ahnende, oder gar „in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerung gefährdenden Weise“ „zu Tage treten“ ließe. Keine Stelle in der ganzen Rede, die das Verbot zu begründen vermöchte. Man kann nicht einmal sagen, daß der Name des Verfassers „Lassalle ahnen“ ließe. Denn Lassalle ist ja durch Bismarck in die Reihe derer erhoben worden, mit denen „sich reden ließe“. Nichtsdestoweniger wurde seine Rede, kaum daß sie öffentlich zum Verkauf gelangte, von einem Verbot ertellt.

Das, meine Hochverehrte,

ist mir schon einmal passiert — hätte die Schrift, wenn sie reden könnte, der verbleibenden Polizeibehörde zurufen können. In der That, wer sich die Mühe gibt, den „Reichsanzeiger Nr. 3, Jahrgang 1879, nachzulesen, kann dort unter anderen schönen Dingen eine Bekanntmachung der königlichen Regierung zu O p p e l n lesen, welche die „Affären-Rede, gehalten von dem Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 von Ferdinand Lassalle“ verbietet. Es war ein weiser Volksmann, der Regierungspräsident zu O p p e l n und er hat sich durch das Verbot der Schäßleschen „Quintessenz“ unerblich gemacht, aber mit seinen Verböten hatte er kein Glück. Had so finden wir in Nr. 34 des Reichsanzeigers vom selben Jahre eine Bekanntmachung abgedruckt, wonach laut Beschluß der Reichskommission vom 3. Februar 1879 dieses Verbot aufgehoben worden sei. In der Reichskommission herrschte damals eine Auffassung, die dahin führte, daß lange Zeit überhaupt keine Bekanthe mehr gegen Verbote bei ihr eingereicht wurden. Nur sehr, sehr wenig Druckschriften, die um jene Zeit verboten wurden, wurden von ihr freigegeben, aber unter diesen wenigen befand sich die Lassalle'sche Affären-Rede.

Das Verbot und seine Aufhebung ist mitgetheilt in B r o t t, Sozialdemokratische Druckschriften und Vereine, verboten auf Grund des Sozialistengesetzes x. c. c. Im amtlichen Anstrage bearbeitet. Berlin 1886. Herr Agratt ist königlich Preussischer Polizeisekretär zu Berlin.

Und das neue Verbot wurde verhängt vom königlich Preussischen Polizei-Präsidium zu Berlin.

Unser Kommentar ist sehr kurz. Er lautet:

„So verbieten sie.“

— **Auch ein Erfolg, der auf das Konto der sozialdemokratischen Agitation gehört.** Folgende „Warnung“ an die Adresse der rheinisch-westfälischen Schornsteinbarone stand kürzlich in den — man denke — offiziellen „Damburger Nachrichten“:

„Es muß billig Wunder nehmen, daß die Verhandlungen, welche vorige Woche in Berlin von den Vertretern der großen Arbeitgeber-Vereine gepflogen worden sind, mit dem Scheitern des Geheimnisses umhüllt bleiben sollen. Nachdem einmal über die in der Versammlung hervorgetretene überwiegend günstige Stimmung in der Frage der Arbeiter-Aushältnisse Andeutungen in die Oeffentlichkeit gedrungen waren, muß das denjenigen jetzt entgegengebrachte geschnappte Dementi doppelt schädlich wirken. Die Lage ist demalshin wahrhaft deplorabel, daß die Arbeitgeber alle Veranlassung hätten, nicht nur im Allgemeinen über ihren christlichen Willen, zu einer gründlichen Reform zu sprechen und den Arbeitern zu gelangen, sondern auch über ihre Stellung zu konkreten, in dieser Richtung gelegenen Vorschlägen keinen Zweifel zu lassen. Die Heimlichkeit kann nur den Verdacht erwecken, als ob es ihnen mit dieser Reform auch jetzt noch nicht rechter Ernst sei. Wir können und wollen das nicht glauben. Das diseste moniti, welches das schwebende Jahr dem deutschen Arbeitgeberstande hundert- und tausendfach zurnst, kann nicht unerachtet verhalten. Aber man wird sich auch klar darüber werden müssen, daß Gefahr in Verzuge ist. Man braucht nicht gleich mit gewaltthätigen Katastrophen zu drohen; aber was kommen würde und kommen müßte, wenn die Arbeitgeber die Erfüllung der ihnen heute durch die Umstände klar vorgezeichneten Pflicht verjaunten, wäre dieses, daß

...sie durch die Befreiung zu Zugeständnissen gezwungen werden würden, welche freiwillig zu machen sie sich geweigert hätten. Der Schlußsatz mit der Androhung der Befreiung, wenn die Herren nicht Oedre pariren, wirkt allerdings etwas humoristisch, inwiefern zeigt die ganze Philippika, wie sehr sich in den Kreisen der Politiker die Ueberzeugung Bahn bricht, daß die bisherige Behandlung der Arbeiter nicht anzuhalten kann, daß man sich zu Konzessionen an sie entschließen muß. Und diese Erkenntnis ihnen beigebracht zu haben, ist das Verdienst der Sozialdemokratie.

Wenn wir nicht irren, war es ein den "Hamburger Nachrichten" sehr nahestehender Abgeordneter, der einmal im Reichstag es als eine "sozialdemokratische Freiheit" bezeichnete, den herrschenden Klassen ein "discite mori" — lernt, ihr seid gemahnt! — zuzurufen. Und nun? O jeram, jeram, o quao mutatio rerum!

Der Vollständigkeit halber bringen wir im Nachstehenden die Zusammenstellung der gegen die einzelnen Angeklagten im Oberfelder Prozeß gefällten Urtheile. Es wurde erkannt über:

Adolf	14 Tage	Langohr	frei
Bartel	4 Monate	Lehmann	frei
Bedel	frei	Demmer	frei
Becher	frei	Leberberg	frei
Beerenb	frei	Löwenstein	frei
Bertram	6 Wochen	Kofoe	frei
Bierenfeld	5 Monate	Lorenz	frei
Bleibtreu	2 Monate	Marshall	frei
Bollmann	frei	Meißel	frei
Bongard	1 Monat	Mengel	6 Monate
Breuer	frei	Mohrbeim	frei
Broderien	frei	Müller	5 Monate
Buschberger	6 Wochen	Neumann	5 Monate
Busch	2 Monate	Nietzen	frei
Cordes	frei	Rieh	2 Monate
Cramer	2 Monate	Dirck	frei
Dastig	frei	Wesffer	frei
v. Fern	frei	Wieser	6 Wochen
Eppel, Emil	frei	Wippenbrink	frei
Finke, Emil	frei	Winkel	6 Wochen
Finke, Gustav	1 Jahr 6 Monate	Winkel	3 Monate
Finke, Wilhelm	frei	Winkel	5 Monate
Flach	frei	Sachse	6 Wochen
Gerstenberger	frei	Selberg	3 Monate
Geyer	6 Wochen	v. Schimm	3 Monate
Gewehr	frei	Dr. Schmidt	frei
Grillenberger	frei	Schmitz	2 Monate
Grünpe	frei	Schneider	2 Monate
Haale	14 Tage	Schürmann	14 Tage
Hahn	2 Monate	H. Schuhmacher	frei
Harm	6 Monate	H. Schuhmacher	5 Monate
Hagedorn	6 Wochen	v. Schumann	frei
Hof	frei	Stürmer	6 Wochen
Hohnsbehn	6 Wochen	Tschelmann	4 Monate
Horensch	6 Wochen	Tracht	2 Wochen
Hüttenberger	4 Monate	Ulrichbaum	2 Monate
Jay	frei	Witzig	frei
Merloh	frei	Wesler	frei
Meyer	2 Monate	Wilde	14 Tage
Röber	3 Monate	Wilde	frei
Röber	frei	Wind	4 Monate
Rohe-Hille	4 Monate	Winkler	2 Mon. 14 T.
Romawowski	frei	Winterberg	frei
Rüper	4 Monate		

Ferner erkannte der Gerichtshof auf die Einziehung der zur Verbreitung bestimmten verboten Druckschriften.

Adolph, Haale, Schürmann und Wilden ward 1/1000, den übrigen Bewurtheilten 1/2 der erstandenen baren Kosten (unter jeweiliger für sämtliche verbindlicher Haftbarkeit), der Staatskasse der Rest auferlegt.

An erkrankter Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht bei Neumann, Bartel, Bierenfeld, Hüttenberger, Köber und Röber je 5 Wochen, bei Schmitz und Winkler je 1 Monat und bei Tracht 3 Wochen.

Ueber die Begründung des Urtheils und die Zeitungen bis jetzt nur eine summarische Zusammenstellung veröffentlicht, der wir die nachstehenden Sätze entnehmen:

Bei Würdigung des umfangreichen Materials hat der Gerichtshof die Verhandlungen der Kommissare Kamathoff und Billing, insofern sie von den "Gewährsmännern" herrühren und nicht anderweitig bekämpft sind, als nicht beweiskräftig angesehen.

Als erwiesen wird angenommen, daß eine allgemeine Verbindung zur Verbreitung des "Sozialdemokrat" in Deutschland besteht. Die planmäßige, geregelte Verbreitung des Blattes kann nur Werk einer Verbindung sein.

Das Bestehen von örtlichen Verbindungen in Warmen-Oberfeld ist erwiesen durch die Angaben der Kommissare Kamathoff und Billing, durch die Aussagen des Zeugen Weichmann und des Angeklagten Nillinghoff, durch die beschlagene Korrespondenzen etc. Diese örtlichen Verbindungen hatten zum Zweck, die Verbreitung des "Sozialdemokrat" und dienen ferner zur Verbreitung von Flugblättern, hielten Versammlungen ab, sammelten Gelder und besichtigten die Kongresse.

Nicht erwiesen ist dagegen das Bestehen einer allgemeinen Verbindung in Deutschland, an deren Spitze die Fraktion steht. Es liegen dafür allerdings schwere Verdachtsmomente vor, doch sind diese nicht zureichend genug, um eine solche Verbindung zu beweisen. Es kann sich auch um die Verhütung einer Parteiorganisation handeln.

Beide Verbindungen, die örtliche und die allgemeine zur Verbreitung des "S.D.", haben namentlich den Zweck, Maßregeln zur Durchführung des Sozialistengesetzes zu entwerfen. Das geschieht durch Verbreitung des "S.D.", Geldsammlungen, die, wenn auch an sich im Einzelnen nicht strafbar, doch dem Sozialistengesetz zuwiderlaufen — Vergehen wider die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches in idealer Konkurrenz.

In Hinblick auf den Umstand, daß dies nur ein Auszug, enthalten wir uns zunächst jeder kritischen Bemerkung. Diese wird erst am Platze sein, wenn das Erkenntnis in seinem Wortlaut vorliegt. Es handelt sich namentlich darum, auf welche Thatsachen hin die Richter auf die "Verbindung", bzw. die Zugehörigkeit zu derselben erkannten. Prinzipien haben sie sich, das geht aus dem Ganzen hervor, an die "Recht" gewordene Debatte des Reichsgerichts gehalten.

Nachschrift. Nach einem Telegramm der "Daily News" hat der Vinoff gegen das Erkenntnis beim Reichsgericht Rekurs eingelegt. Doch er nach dieser Niederlage noch den Rath dazu findet, ist wirklich beschämend — für das Reichsgericht.

Aus Deutschland wird uns geschrieben: Man mag über das Urtheil im Oberfelder Prozeß in Bezug auf die einzelnen Punkte sagen, was man will, im Großen und Ganzen ist es mit all seinen Verurtheilungen eine zwar unbedeutende, aber desto schärfer trennende niederschmetternde Beurteilung des Sozialistengesetzes und seiner Wüter und Gebrauchsfehler. Das denkt, fühlt und sieht Jedermann, der überhaupt noch nicht zur gedankenlosen, gefühllosen, blinden Maschine geworden ist — wozu das herrschende System sämtliche Menschen, mit Ausnahme der gottbegnadeten Fürsten und Junker (Kraut, Schloß, und sonstige Junker) gern machen möchte.

Von der öffentlichen Meinung sei hier garnicht gesprochen, aber unsere Feinde fühlen und sehen es, die Urheber dieses monströsen oder modernen Justizskandalis fühlen und sehen es. Und so niedergedemüthert sind sie, daß sie ihre Gefühle und Gedanken nicht zu unterdrücken vermögen. Die ganze reaktionäre Presse — konservative wie national-liberale — gesteht es ein, daß der Prozeß eine Niederlage des Systems ist. Die "Nationalzeitung" gibt zerknirschend zu, die Schädlichkeit und Unhaltbarkeit des Sozialistengesetzes in seiner jetzigen Gestalt — eine nicht "schädliches" und nicht "unhaltbares" Sozialistengesetz! Schmeißt ihr denn auch als Ideal vor — sei durch diesen Prozeß aller Welt bewiesen worden — die Sozialdemokraten

hätten, wie dies aus den Verhandlungen hervorgegangen sei, nichts anderes gethan, als was jede andere Partei unter den gleichen Bedingungen thun würde. Eine sehr kluge und weise Bemerkung, die aber auch für das ideale Sozialistengesetz zutrifft, welche die "Nationalzeitung" mit ihrem national-liberalen Staatsrechtswissenschaftler in Porto hat. Der Reichsbote meint, es wäre klüger gewesen, den Prozeß gar nicht anzustrengen, und ähnlich äußern sich andere konservative Organe.

Von der Katholikerei im reaktionären Lager zeugt der Reichsbote des Oberreppis, das in der Oberloose zu Köln am Rhein sein Wesen treibt: "was wir brauchen ist eine deutsche Arbeiterpartei die sich von den sozialdemokratischen und internationalen Organen und Funktionen löst" und — das sagt der Herr Oberreppis natürlich nicht — mit den duffenden Gesellen der "größten Klause" und denen der unzähligen anderen großen und kleinen Klause, die das "Miesfeld" Deutschland mit der ächten konterehaltenden Laute versorgen, und mit den hohen, höchsten und allerhöchsten Petronen dieser duffenden Gesellen und Gesellschaftsretter durch Dieb und Dumm marschiren muß.

Eine deutsche Arbeiterpartei! Das war auch das glorreiche Ziel, welches dem Julinist "Athen Frey" vorschwebte, als er neulich in B o r m s in dem Muster-Demuzilanten und Musterfabrikanten Heyl den Löser der sozialen Frage begründete und eine Arbeiterpartei ersehnte, die dem "sozialen Königthum" der Hohenzollern den nöthigen Köhlerglauben entgegenbrachte.

Schon vorigen Winter hatte derselbe denselben allerhöchsten Wunsch zu Breslau geäußert, und die Breslauer Arbeiter haben ihm ein paar Wochen later die Antwort gegeben, indem sie den Sozialdemokrat Rahn wählten.

Eine "deutsche Arbeiterpartei" wollen die Herren. Aber sie besteht ja thatsächlich, soweit sie überhaupt bestehen kann. Nur daß es keine "Partei" ist, sondern bloß ein Partei-Anhängel — und das wollen die Herren ja auch. Sie sollten darum eigentlich zufrieden sein. Und warum sind sie es nicht? Je nun, weil die "deutsche Arbeiterpartei" ihres Herrschers einem Schneemann gleicht, der vor den Strahlen der sozialdemokratischen Sonne dahinschmilzt. Diese "deutsche Arbeiterpartei", das sind die Millionen der Arbeiter — es sind ihrer viel mehr als die sozialdemokratische Partei bis dato in ihren Reihen zählt — das sind die Millionen der politisch noch ungeborenen Arbeiter, die sich mit hammerschwerer Blüthigkeit von den Hauptblutern des "sozialen Königthums" und seiner Stützen: den Schatzkammeranten, brotvertheilern, arbeitsergreifenden Rantierern und Schloßhütern an die Wahlurnen schleppen lassen und den Herren Reaktionären bei allen bisherigen Reichstagswahlen die Majorität verliehen haben.

Das ist die "deutsche Arbeiterpartei": die unglücklichen Opfer des herrschenden Systems, die ihre Herabwürdigung noch nicht begriffen haben, und im Dienste der Unterdrücker die Steinen für ihre eigene Klasse schmücken.

Allein die Millionen zerstreuen, und die leuchtende Mathsonne der Sozialdemokratie ist den Tagern des herrschenden Systems noch unerreichbarer als der Mond den Raben der Fabel.

Und das ist die Verzeihung der Vinoffs, Kamathoffs und ihrer Broddherrn.

Wie haben unsere Pappenheimer richtig beurtheilt — nämlich die Abgeordneten des deutschen Anbetersystems, die im Herbst England unfehlbar machten. Die Herren Beumer, Bued etc. haben sich, kaum im theuren Vaterland angelangt, schnell von allen Katholikern derjenigen englischen Unternehmer, die sich in die veränderten Zeiten geschickt haben und die Arbeiterverbindungen als berechtigten Faktor anerkennen, emanzipirt, und nichts ist ihnen geblieben als die Einküsterungen des Herrn Reichwaldt, Vertreter des Arbeiterbundes Krupp (A. Reitarikel Nr. 50 des "S.D." vom Jahre 1889), wozu es freilich der lösspieligen Reise nicht bedurfte hätte. Aber die Herrschaften haben es ja dazu.

In dem Ausdrucksblatt "Stahl und Eisen" macht Herr Beumer seine Brodder pflichtschuldig auf die "Gefahr" aufmerksam, die der Plan eines "internationalen Bergarbeiter-Kongresses" für das deutsche "Kapital" bedeutet. Nach der Darstellung dieses Herrn handelt es sich dabei bloß darum, im Interesse der Engländer die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu untergraben.

Man höre nur, was der Herr, nachdem er einen Artikel des von dem treugebliebenen Charisten Jos. Cowen herausgegebenen Newcastle "Daily Chronicle" zitiert — das beläufig bei den englischen Krupps und Beumers ebenso beliebt ist, wie die deutsche Arbeiterpresse bei den deutschen Elbesees — heransetzt:

"Deutschland kann es garnicht gelagt werden, was mit dem internationalen Bergarbeiterkongreß (seitens der Engländer) bezweckt wird. Die Bergleute anderer Länder, also auch namentlich auch diejenigen Deutschlands, sollen auf dem Kongreß darüber "aufgeklärt" werden, daß sie höhere Löhne verlangen müssen, und diese höheren Löhne sollen den Produktionspreis der fremden, in erster Linie der deutschen Kohle so in die Höhe treiben; daß das England mit großer Mühe erzielene Exportgebiet wieder verloren geht. John Bull also wieder allein das "Recht" bekommt, nach Hamburg, nach Italien u. s. w. Kohlen zu exportiren.

Derselbe Gedankengang trat auf dem am 10. Oktober d. J. in Birmingham abgehaltenen Kohlenarbeiter-Kongreß zu Tage. Es waren dort 27,000 englische Bergarbeiter durch Delegirte vertreten, und es handelte sich hauptsächlich um die Frage, ob ein internationaler Kongreß einberufen werden sollte oder nicht. Bei der Debatte über diesen Antrag wurde einem Bericht des "Manchester Guardian" zufolge als Grund für die Nothwendigkeit eines solchen Kongresses angeführt, daß, so lange es den ausländischen Grubenarbeitern gestattet werde, ihre Arbeit zu einem billigen Satze zu verkaufen und so lange Zeit zu arbeiten, die Interessen der englischen Bergleute und des englischen Kohlenhandels zu sehr in Mitleidenschaft gezogen würden.

Diese Ansicht wurde der zum Studium der britischen Arbeiterverhältnisse nach England entsandten Kommission, welcher der Schreiber dieses angehört die Ehre hatte, an den verschiedensten Stellen in einer — man könnte fast sagen — halb-offenen Weise bestätigt. So lagte uns Hr. Broadhurst, der oberste Beamte der vereinigten Trades Unions des gesammten Königreichs — er ist Secretary of the Parliamentary Committee — der Zweck jenes internationalen Bergarbeiter-Kongresses bestehe allerdings darin, daß der immer mehr fühlbare Wettbewerb der französischen, belgischen und deutschen Kohle dadurch zurückgehalten werde, daß die Arbeitszeit auf dem Festlande verkürzt und die Löhne erhöht würden. Die englischen Kohlenarbeiter müßten befürchten, in ihrer ganzen Position zurückgedrängt zu werden; sie seien daher, um die ausländische Konkurrenz zu bekämpfen, "berechtigt und verpflichtet, dahin zu streben, daß die Produktion in den konkurrirenden Ländern sich unter denselben Bedingungen wie in England vollziehe."

Sehr richtig bemerkt ein Mitarbeiter der Berliner "Volks-Tribüne" der wir das Jtal entnehmen, daß die "Kaiserlät" hier ganz auf Seiten des Herrn Beumer liegt. Ein christliches Gesandnis kann nur der Noth finden, dem die Rüge und Beschelt unbedingtes Gewissensprinzip ist. Sicher lag es Herrn Beumer fern, das von sich und seinen Broddgern zu erklären, aber thatsächlich thut er es in den obigen Worten — wider seinen Willen, d. h. noth.

Die Engländer sagen ehrlich heraus, daß ihr Selbstbehaltungstrieb sie veranlaßt, für den internationalen Bergarbeiterkongreß einzutreten. Sie sagen es ehrlich heraus in dem Bewußsein, daß ihr Handeln ein durchaus legitimes ist. Sie wollen — wohlgemerkt, es handelt sich hier immer nur um die englischen Arbeiter und ihre Freunde — eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sie wissen aber, daß sie das nicht können, so lange die Arbeitsbedingungen ihrer festländischen Kollegen noch tief unter ihren stehen. Daher bahnen sie eine Verständigung mit diesen, eine gemeinsame Aktion mit diesen an. Das ist ein durchaus richtiges, logisches Vorgehen. Es wendet sich nicht gegen die fremde Konkurrenz, sondern gegen die fremde Schmutz-Konkurrenz. Herr Beumer aber gesteht — naiver Weise — zu, daß die Schmutz-Konkurrenz nach ihm gerade Lebensbedingung

*) Im Reichstage wurde ihm feinerzeit nachgewiesen, daß er den Sozialdemokrat Pappenheimer der Polizei denunzirt hatte; der Hohl konnte sich auch nicht vertheidigen und wurde von seinen Parteigenossen nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

der deutschen Kohlenindustrie ist, denn wie könnte sie sonst sich durch das Vorgehen der englischen Arbeiter bedroht fühlen? Wohlgemerkt, wir sagen bedroht fühlen, denn wirklich ist sie durch dasselbe in keiner Weise bedroht. Die deutsche Kohlenindustrie kann auch ohne Schmutz-Konkurrenz bestehen, sie ist durchaus nicht auf Hungerlöhne und Schmutzarbeit angewiesen. Darum: laßt Euch nicht verblüffen, deutsche Arbeiter! Haltet Eure Augen offen und berathet mit Euren englischen Kameraden, wie Ihr Eure beiderseitigen Interessen am Besten wahrt.

— Noch schöner wie Herr Beumer treibt es der Hr.-Sozialist und — leider noch! — Hr.-Minister Schäffe. In seiner Reichschrift für die "gesamte Staatswissenschaft" sucht der exzellente Staatsmann nachzuweisen, daß Deutschland unter Umständen durch einen Streik der Kohlengräber oder auch der Eisenbahnbeamten am Kriegsführen verhindert werden könne. "Es ist möglich", heißt es in dem zitierten Artikel, "daß ein ausdauernder Streik von Kohlen- und Eisenbahnarbeitern unsere Kohlengräber durch Agitatoren und reichliche Gelder zum Streiken brächten, um unsern Staat wehrlos zu machen oder die Handelskraft unserer Kohlenproduzenten für sich zu stellen. Diese Gefahr sei um so drohender, als die proletarier international seien. Zum Schutze unseres Staates und der einheimischen Industrie verlangt Schäffe für die Regierung das Recht, unter Umständen die streikenden Kohlenarbeiter zum Weiterarbeiten unter Bedingungen, die ein Schiedsgericht zu bestimmen hat, zu zwingen und Agitatoren, welche zur Fortsetzung des Streiks auffordern, als Landesverräter zu behandeln."

Das heißt, zu erschlagen. Ein probates Mittel. Gegen diesen Sozialreformer war Eisenhart ein wahrer Stümper.

Und man glaube nicht, daß Herr Schäffe bloß theoretisch bedauert. Der Mann spricht aus Erfahrung. Er weiß, wie leicht sich Leute in kritischen Zeiten dazu bereit finden, in die Dienste des Reichskassiers zu treten, sobald derselbe eine ihrem eigenen Vaterland feindliche Politik einschlägt. Er weiß, wie es gemacht wird, er war nicht umsonst selbst einmal — Minister Oesterreichs im deutsch-österreichischen Kabinett Hohenwart.

— Civis germanus sum — Ich bin ein deutscher Bürger. Wenn der deutsche Nordpatriot so recht im Schwunge ist, von der Größe und Herrlichkeit des neuerichteten Deutschen Reiches zu erzählen, dann fehlt nie der Hinweis, wie anders doch heute der Deutsche im Auslande dastehe als ehemals, in der "Kaiserlosen, der schrecklichen Zeit". Damals habe er sich alles gefallen lassen müssen, heute aber schäme ihn der mächtige Reichsadler, wozu er auch den Fuß setze. Das "Ich bin ein deutscher Bürger" habe dieselbe Bedeutung gewonnen wie ehemals das berühmte Civis romanus sum — ich bin ein Bürger Roms. Und Michel, wenn er das hört, geht hin und bewilligt Millionen über Millionen für unser "herrliches Heer" und unsere "prächtigen Flotte."

Wie's dem Deutschen Bürger aber gehen kann, wenn er sich draußen befindet und bei dem Vertreter des mächtigen Deutschen Reichs Schutz sucht, darüber kommen uns fast zu gleicher Zeit zwei charakteristische Notizen zu Gehör.

Die erste bezieht sich auf einen Vorfall in Argentinien. Was für nette Polizeiverhältnisse in dieser Republik herrschen, ist den Lesern dieses Blattes erst kürzlich vorgeführt worden. Jetzt berichtet die "Reise Itz" ein zweites Beispiel. Ein junger Deutscher, Namens Heinrich Haub, ist in der argentinischen Stadt Rosario am Nichts und wieder Nichts von der Polizei in ganz infamer Weise mißhandelt worden. Er wurde ohne Grund verhaftet, dann vor den Polizeikommissar geführt, der erst entschied, Haub Unne gehen, dann aber, als Haub den Polizeichef zu sehen wünschte, um sich bei ihm zu beschweren, ihn in eine dunkle Zelle werfen ließ, um dort auf die Ankunft des Herrn zu "warten", der aber natürlich gar nicht benachrichtigt wurde. "So verbrachte dem", heißt es im Bericht, "Haub die ganze Nacht in der Gefangenzelle, und am nächsten Morgen hat man ihn, gerade wie geduhulter Erstickter, das Wachlokal aussetzen lassen u. s. w. Immer wenn Haub sich freizubekommen, solche niederen Dienste zu leisten, wurde er mit Prügelein und Fußtritt dazwischen gezwungen. Der schrecklichen Mißhandlungen müde, machte Haub einen Fluchtversuch, wurde aber angehalten und um so ärger gedrängelt. Schließlich ließ man ihn 25 Pesos bezahlen und setzte ihn auf freien Fuß. Haub wandte sich dann mit Beschwerde an den Polizeichef und an den deutschen Botschafter in Rosario. Regierer, anstatt unter allen Umständen Genugthuung für die an einem Deutschen verübten Körperverletzungen, die Haub durch ärztliche Atteste nachweisen, zu verlangen, erklärte auf eine Reuhering des Herrn Polizeichefs: "Wenn ich der betreffende Schugmann gewesen wäre, ich hätte Ihnen den Kopf gespalten", ganz häßlich: "Sehr richtig!" (Muy bien!)

Doch ist dem Herrn allerdings nicht gut bekommen, denn Herr Haub hatte wohlhabende Freunde, und so hat nicht nur die deutsche Kolonie in Rosario Alarm geschlagen, sondern auch der deutsche Botschafter hat sich über die Sache Bericht eingeholt. Indes, es können doch nicht alle Deutsche "gute Verbindungen" haben, es gibt in Deutschland eifrige Willkür Arbeiter, und wie es denen im Auslande bekommt, wenn sie sich auf ihr deutsches Bürgerthum berufen, zeigt folgende Notiz, die wir in amerikanischen Blättern finden:

New-York, 22. Dezember. Aus den Phosphatgruben bei Jacksonboro, Süd-Karolina, ist Karl Grunow aus Rosogon bei Frankfurt a. O. hier angekommen. Er befindet sich, was von dort über die Ausbeutung und Bedrückung der Arbeiter gemeldet worden ist. Weder Stroh noch Decken waren vorhanden und die Leute, an ein solches Lager nicht gewohnt, ließen in den kalten Wald, wo sie sich Kosch hielten, um wenigstens eine nothdürftige Unterlage zu haben. Dann wurde ihnen als Noth Brod und rohes, fettes Schweinefleisch verabreicht und da ihnen kein Kochgeräth zur Verfügung stand, mußten sie das Schweinefleisch im rohen Zustand genießen. Sie erboten gleich Aufwangs hiergegen beim Kontrakt-Herrn Bestel, doch saate dieser, von Beförderung keine Notiz in dem Kontrakt, denn die Worte "Board Quarters" meinten "höherer Bebauung" und nicht "Kost und Quartier". Somit waren die harnlosigen Deutschen in einer Weise überdillt worden, gegen welche sich geistlich nicht ankämpfen ließ. Die Arbeit, erzielte Grunow weiter, bestand darin, daß sie von 5 Uhr früh bis 6 Uhr Abends Gruben von 13 Fuß Länge und 6 Fuß Breite gruben mußten, und es leuchtete gleich Jedem ein, daß nur ein starker und geübter Mann Dollar 3 und Dollar 3.50 per Woche verdienen könne, wenn gänzlich gutes Wetter herrsche.

Am zweiten Tag gelang es sechs Mann, zu entfliehen und nach Charleston zu entkommen; in der nächsten Nacht schlichen sich wieder fünf davon, von denen man selber nichts mehr gehört. Die elf Zurückgebliebenen, unter denen sich Grunow befand, vermußten es nicht länger an dem Plage auszuhalten, und nach mehrstündiger Arbeit ließen auch sie davon. Man hatte dies auch erwartet und ein farbiger Bundesmarschall nebst Wächtern diente als Verzeiger, die Flüchtigen zu verhaften, die dann nach der Bodison-County-Jail (Jail-Gefängnis) gebracht wurden, wo man sie fünf Tage eingesperrt hielt. Der Countyrichter entschied, nachdem er den Kontrakt durchgesehen, daß die Leute entweder fünf Monate arbeiten oder auf so lange in die Penitentiary (Strafgefängnis) zu gehen hätten. Grunow, der den Kontrakt nicht unterschrieben, wurde freigelassen. Die acht Leidensgefährten Grunow's, die sich noch in der Schawerei befanden, als er fort war, sind Wilhelm Meyer, Wilhelm Kupp, Johann Rademacher, David Menzel, Walter Buschheim, Chris. Leopold, R. Lange und ein Oesterreicher Namens Jehner. Grunow hatte ein Schreiben von der Jail aus an den deutschen Konsul Charles D. Witte in Charleston gerichtet. Einen Erfolg hatte das Schreiben nicht, denn er erhielt zur Antwort, der deutsche Konsul habe kein Geld zur Verfügung, um einen Rechtsanwalt zur Verfügung stellen zu können. Der französische Konsul in Charleston nahm sich dagegen seiner Landsleute sofort an und verschaffte ihnen die Freiheit.

Frankreich ist bekanntlich überhäubtet und "wir Deutschen" haben "bedenmäßig viel Geld". Aber ein Konsul des großen Deutschen Reichs läßt seine Landleute einer schändlichen Vergeßlichkeit zum Opfer fallen — aus Geldmangel. Die französischen Arbeiter sind auf freiem Fuß, und die Deutschen müssen als Sklaven fortstrahlen, für sie hat der deutsche Konsul "kein Geld". Frankreich ist eben eine "verkommene Nation", und in Deutschland herrscht das "soziale Königthum". Schrei hurrah, Michel, und bewillige noch eifrige hundert Millionen mehr für das herrliche Reichsheer!

— Eine nette Verteidigung. Die russische Presse, die, was das Ausland anbetrifft, um so robuster ist, je mehr sie über die Verhältnisse in der geliebten Heimat in's Horn der antonitratischen Regierung bläst, hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Art, wie Herr Wismann in Ostafrika „wiltürte“, in bösiger Weise zu kritisieren. Das hat natürlich den Jörn der deutschen Kolonialfanatiker in hellen Flammen aufschlagen gemacht, und in einem der Hauptorgane derselben, der „Königlichen Ztg.“, werden die Angriffe der Russen — widerlegt? O nein, die Thatfachen lassen sich leider nicht abstreiten, da Herr Wismann sie in ruhmvoller Weise selbst in die Welt posant hat — jedoch mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß der russische „Volkshebel“ Stobolew noch ganz andere Heldenthaten verübt habe.

Als Rußland 1881 mit den Telo-Turkmenen im regelrechten Kriege war, heißt es da, „und Stobolew deren befestigte Hauptstadt Geot-Teye nach langer Belagerung gestürmt hatte, überfiel er die Stadt seinen Truppen für drei Tage zur Plünderung, wobei, heillosig bemerkt, unermessliche Schätze erbeutet wurden, und befahl seiner Reiterei, die fliehenden Turkmenen zu verfolgen und auch der Frauen und Kinder nicht zu schonen. Wirklich wurden deren auch viele Tausende von den Dragonern und Kosaken niedergemacht. Da kam, von russischen Soldaten geleitet, eine Abordnung der vornehmsten Turkmenen aus Geot-Teye zu dem siegreichen General, um Erbarmen zu erheben. Gebeugt standen die ehrwürdigen Gestalten der Greise vor dem Sieger. Da rief Stobolew mit seinem bekannten gnomischen Lächeln den begleitenden Soldaten zu: „Gebt die Kerls auf euren Bajonetten in die Höhe!“ und im Augenblick waren die Unglücklichen durchstößt in die Höhe gehoben, wurden dann wieder fallen gelassen und auf dem Boden liegend gänzlich niedergemacht. Wir ist (so versichert der Korrespondent) diese grauenvolle Thatfache aus ganz unanfechtbarer Quelle bekannt, und Stobolew erzählte sie auch selbst.“

Die Thatfache ist allerdings grauenvoll, sie muß jeden anständigen Menschen empören. Aber wenn die „Königliche Ztg.“ mit ihr ihren geliebten Wismann verteidigen zu können glaubt, so ist sie damit sehr im Irrthum. Dieser Hinweis auf die Schandthaten der Russen ist genau so viel werth, wie die Gefährlichkeit der Schulden, irgend einen schlechten Streich, den sie ausgeführt, damit zu entschuldigen, daß Andre noch viel schlechtere Streiche verübt hätten. Der Herr Wismann hat sich durch solche Ausrufe abhalten, dem nichtsnutzigen Buben die Strafe zu applizieren, die er verdient hat?

Eine nette Reinwaschung des Herrn Wismann, es noch nicht ganz so barbarisch getrieben zu haben, wie ein Stobolew. Ein schöner Maßstab, diese russischen Bluthunde, für das, was einem Vertreter der europäischen Zivilisation erlaubt ist. Nächstens werden sich die Herren wohl zur Verteidigung ihrer Gewaltthaten darauf berufen, daß sie doch durchaus nicht so grausam sind, wie — Timur Lamerlan!

— Eine „Reichsfeindin“ weniger. Die Kaiserin Augusta ist gestorben. Die Frau ist wenig an die Dessenlichkeit getreten, und wo sie es that, hat sie von ihrer kaiserlichen und königlichen Würde den denkbar geringsten Gebrauch gemacht. Sie hat der Stallatmosphäre am Hofenpallast nie Geschmack abgewinnen können, und noch weniger der Bismarck'schen Stallpolitik. Dafür ist sie denn auch von den Bismarck'schen Neptilen gehörig angefeindet und verächtlich worden. In der Kulturkampfkampagne wurde sie dem liberalen Spießer als die „schwarze Seele“ des preussischen Hofes dargestellt, deren Intriguen den Freiheitskämpfern Bismarck hingerichtet, sehr „geistiges Besetzungswort“ mit voller Kraft durchzuführen, und später wurde sie vom Schandenberger von Koburg als eine „ene unheilvolle“, „Striderinnen“ denunziert, die Bismarck's aufrichtiger Polstiff überall Hindernisse bereiten. Sie hat nämlich das furchtbare Verbrechen begangen, 1871 bei ihrem Mann und dem Sohn ein Wort zu Gunsten des besiegten Frankreichs eingelegt zu haben, d. h. gegen die von Bismarck geplante rücksichtslose Demüthigung desselben.

Nun ist sie tot, und die Aßterzungen werden sich nach einem Ertrag umsehen müssen. Denn was wäre der Ruhm und die Größe Bismarck's ohne die „unfehlbaren Feinde“, denen man alle Mißerfolge in die Schuhe schieben kann?

— Was für „Rechtsprüche“ in Deutschland vorkommen, das übersteigt nachgerade alle Begriffe. Da lesen wir jetzt wieder in deutschen Zeitungen:

Als im August v. J. in Hamburg ein Töpferwerk ausgedehnt war, suchte der Mechaniker Karl Otto Max Reimer in Hamburg zwei andere Arbeiter, die gerade auf einem Bau arbeiteten, zum Mitstreifen zu veranlassen. Als die Leute sich dessen weigerten, erwiderte er, sie müßten sich nur vorziehen, daß sie nicht vom Baue „süßen“. Der eine ließ sich durch diese Worte nicht irre machen, der andere aber legte die Arbeit nieder. Das Landgericht nahm verurtheilt und vollendete Nöthigung an und verurtheilte Reimer zu drei Monaten Gefängnis. Das „Hinterfragen“ wurde als Hinterfragen (süßen) bedeutet eine schnelle Bewegung überhaupt) ausgelegt und somit „angenommen“, daß der Angeklagte die beiden Arbeiter mit Hinterfragen, also mit einer Körperverletzung bedroht habe. Nun drängt zwar ein Hinterfragen nicht immer eine Körperverletzung im Gefolge zu haben, aber das Landgericht „nahm an“, daß dies hier der Fall gewesen sein würde, da das bet. Gerüst sich in ziemlich Höhe befand, und verurtheilte deshalb die Revision des Angeklagten als unangebracht.

Ein bloßer Ruf, im höchsten Maße eine Drohung: versuchte und vollendete Nöthigung. Ein Jesuit könnte über solche Rechtsdeduktion erschauern. Und das Reichsgericht, das die Schulte Escobars längst in Schaiten gestellt hat, kommt hinzu und beduzirt: das Gerüst war ziemlich hoch, folglich involviert die Drohung eine Körperverletzung. Das Urtheil besteht zu Recht.

Und der Arbeiter muß für ein Wort auf drei Monate ins Gefängnis. Dafür könnte ein Gutbedienter seinen Knecht todtschlagen — im Rechtsstaat Preußen-Deutschland.

— In Berlin soll wieder einmal „rei sein“. Bismarck, heißt es, sei von der Praxis Herrfurth in der Handhabung des Ausnahmengesetzes gar nicht erbaut, und wolle auch von einer Koncession im Sinne einer Milderung des Gesetzes nichts wissen, während Herrfurth einem Kompromiß mit den Nationalliberalen, bez. deren Abänderungsvorschlägen geneigt sei. Falls das stimmt, und der nachfolgende Putzmann Charakter zeigt, dann wird es allerdings sehr bald heißen: Herr — furt!

Vielleicht ist das Letztere überhaupt der eigentliche Zweck des ganzen Krachens. Denn wir haben bereits gezeigt, wie wenig die vorgeschlagenen Milderungen zu bedeuten haben. Man braucht aber einen passenden Vorwand, um Platz zu machen für den lieben — Putzmann.

— Ueber einen siegreichen Ausstand chinesischer Booskente lesen wir in amerikanischen Blättern:

„Der Talent für Organisation beweisen die Chinesen auch in den dort zu Lande keineswegs ungewöhnlichen Arbeitskämpfen. In Kanton war vor einiger Zeit ein Streik unter den Tschunken- und Booskenten ausgebrochen. Die Provinzialbehörden hatten ein neues Zollhaus zur Einfuhr der Inland-Transitzölle in Shekwan eingerichtet. Die Zölle wurden nicht erhöht, aber sie sollten jetzt sofort und nicht wie früher erst nach Bezahlung der Zölle entrichtet werden. Der Zweck der Erhebung des Zollhauses in Shekwan war, dem Schmuggel zu steuern. Dagegen erwehnten sich die Booskente und begannen, 60,000 Mann stark, auf allen Wasserstraßen oberhalb Kantons einen Ausstand. Dann vertrieben sie die Zollbeamten und demolirten das Zollhaus, und um einen Druck auf die Behörden auszuüben, hinderten sie allen Verkehr von und nach der Stadt. Alle Zölle in dem Distrikte mußten geschlossen werden und Privatpersonen wurden gezwungen, Trauer anzulegen. Gewaltthaten wurden jedoch nicht verübt. Endlich gab der Vizekönig nach. Er versprach, das Zollhaus in Shekwan abzuschießen und den Ausständigen zu vergeben.“

Es ist eine bekannte Thatfache, daß der Korporationsgeist kaum irgendwo stärker entwickelt ist als in China. Wohlgerichtet, der Korporationsgeist, der sehr zu unterdrücken ist von den Klassenbewußtsein des modernen europäischen Proletariats, dessen politischer Ausdruck die Sozialdemokratie ist. Dieser ist einer revolutionärer, jener ein konservativer, bezw. reaktionärer Instanz. Wenn er z. B. auch innerhalb gewisser Grenzen Arbeiter ermöglicht, als geschlossene Körper-

schaft den Unternehmern gegenüberzutreten, so doch immer nur Arbeitern bestimmter Gewerbe, von einer gemeinsamen Aktion der Arbeiter als Klasse hört man nichts. Die Korporation kämpft für ihre Sonderinteressen, hat nur diese im Auge, für die Interessen der Allgemeinheit fehlt ihr Sinn und Verständnis. Daher ist sie allen Neuerungen, die ihr Korporationsinteresse schädigen könnten, feindlich, sie sucht sie mit allen Mitteln zu verhindern, und scheut dabei keineswegs, wie wir oben sehen, vor Gewaltthatigkeiten zurück. Solche reaktionäre Körperschaften unter den Arbeitern findet man nun auch in den modernen Industrieländern, aber sie beschränken sich auf solche Gewerbe oder Arbeitszweige, die noch handwerks- oder manufakturmäßig betrieben werden, oder aus der Manufakturperiode herrühren. Hierin gehören z. B. an vielen Orten die Bauarbeiter, in Sechstädten die organisierten Hafenarbeiter, dann wieder sog. Knuthandwerker zc. Aber auch ihre Stunde hat geschlagen, immer mehr legt die moderne Technik und die kapitalistische Betriebsweise Fesseln in diese Kunstwerke, und öffnet dem Geist der Neuzeit die Pforten. Er treibt den Arbeitern den alten Kunstgeist aus, und unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß mit ihm nicht der Solidaritätsgedanke verloren geht, sondern vielmehr eine erweiterte Grundlage erhält.

Y. Knichofen und Escarpins haben also richtig in Berlin ihren Ginng gehalten. Selbstverständlich bei Hofe. Hoffentlich läßt auch der Pops nicht mehr lange auf sich warten.

Da wir grad vom Berliner Hof sprechen, wollen wir auch — einmal ist einmal — zwei recht hübsche Aussprüche der kaiserlichen Prinzen mittheilen, die man sich „bei Hofe“ erzählt, die aber — leider — noch nicht den Weg in die Hofpresse gefunden haben.

„Papa, was ist denn das?“ fragte der kleine Witel-Fritz neulich, als er sich in Papa's Zimmer befand, und zeigte auf einen neuen Wandbildmum.

„Rein Sohn, das ist ein Adress-Kalender.“

„Bräust Du den, weil Du sozial auf Reisen gehst?“

„Noch weiter Bengel, zwei Stunden nachgezogen!“ war die Antwort.

Ein andermal kommt Wilhelm, der Kronprinz, aus der Stunde. Er belchaut sich die Papiere auf dem Tisch. Gleich darauf fragt er:

„Papa, warum schreibst Du immer I. R. neben Deinen Namen? Heißt das: Ich reise?“ — Er soll dafür drei Tage des Genusses bestraft worden sein, die Wache in's Gewehr treten zu lassen.

Weiter erzählt man sich — immer bei Hofe — daß Wilhelm, als er die Nachricht von der Abiegung Dom Pedro's erfuhr, ausgerufen habe:

„Schade, ich wollte ihn grade besuchen!“

Und nachdenklich soll er hinzugefügt haben:

„Wie komme ich nun eigentlich nach Süd-Amerika?“

Und schließlich wird behauptet, daß nach allerhöchster Anordnung bei dem nächsten großen Fest den Reichsinsignien, die dem Kaiser voranzutragen werden — Reichszepter, Reichskrone, Reichsschwert — auch das Reichs-Luchsband hinzugefügt werden wird.

Wohlfühlende Kreaturen, diese Hofleute, nicht wahr? Aber, on n'est jamais trahi que par les siens — man wird immer nur von seinen eigenen Leuten verrathen. Man kann's auch so überlegen: In Rom sind die Kezer am größten.

— Eine recht interessante Rebellion in der alleinseligmachenden Kirche wird aus Italien gemeldet. Der „Frankfurter Ztg.“ wird darüber geschrieben:

„Die Frage des niederen Klerus ist wieder einmal und zwar gleichzeitig von verschiedenen Seiten auf die Tagesordnung gestellt worden. An demselben Tage, an welchem der liberale Deputirte Gallo wie telegraphisch mitgetheilt wurde, durch eine Interpellation das Augenmerk der Regierung auf die Lage des niederen Klerus lenkte, hat der Pops sich über denselben Gegenstand, natürlich in einem andern Sinne und zu einem andern Zweck, in einem Schreiben an den Kardinalvikar geäußert. Das Schreiben des Popses ist von großem Interesse, indem es zum ersten Male offiziell eingesteht, daß ein Theil der unteren Geistlichkeit sich „von sektirischen Umtrieben zur Rebellion gegen ihre geistlichen Oberen verleben läßt und seine Hilfe zu verrathenden Bestrebungen leitet.“ Zur Strafe dafür soll der ganze Klerus von Rom sich einige Tage zu reuigem Gebet in ein Kloster zurückziehen. Von diesem Mittel erhofft der Pops eine wunderthätige Wirkung, aber sie wird ausbleiben, denn die Bewegung, welche die niedere Geistlichkeit ergriffen hat, ist zu stark und wurzelt zu tief, als daß sie auf diese Weise zum Schweigen gebracht werden könnte. Der Pops, der seit Jahren die soziale Frage mit Vorliebe zum Gegenstand seiner Allokutionen und Ansprachen macht und den weltlichen Regierungen gute Rathschläge gibt, wie die Noth der Armen und Bedrückten zu mildern sei, hat ganz übersehen, daß in seinem eigenen Reiche und in seiner lieben Stadt Rom die soziale Frage sich in ziemlich schroffer Weise geltend zu machen beginnt. Das will schon etwas sagen bei der eisernen Disziplin innerhalb der Hierarchie und den rigorosen Machtmitteln der übergeordneten Organe, die aufricht zu erhalten. Aber diese „Rebellion“, wie übertriebener Weise der Pops die Bewegung der armen Klerus zur Verbesserung ihrer höchst traurigen Lage nennt, ist wie die meisten revolutionären Bewegungen nicht künstlich erzeugt, sondern ein natürliches Produkt wahrhaft himmelstrebender Zustände. In Rom gibt es ein nach Hunderten, vielleicht sogar nach Tausenden zählendes Heer von Geistlichen, die ohne sicheres Einkommen und feste Stellung sich lediglich von dem Honorar ernähren, welches sie für gelegentliche Messen erhalten. Ein Theil von ihnen hat es verstanden, sich durch Beziehungen zu den Mäccen ein erträgliches Einkommen zu verschaffen, die Mehrzahl aber führt ein Leben voll Entbehrungen und Noth, wohnt vielfach in verfallenen Herbergen mit allerlei bedenklichem Volk und kommt nicht selten wegen Vergehen gegen das Eigenthum in Konflikt mit dem Strafgesetz. Seit einiger Zeit erhebt der Vatikan von diesen „scagnozzi“, wie sie der Volksmund bezeichnend genannt hat, eine besondere Lage von 4 Lire, das sogenannte celebrato. Das hat die Stimmung im Klerus natürlich sehr gesteigert, und es ist eine Zeit lang vom Pops indirekt angekündete Thatfache, daß Unternehmer und Hauptmitarbeiter eines vor mehreren Monaten in Rom zum Schluß der Interessen des niederen Klerus und gegen den Vatikan begründeten Blattes dem geistlichen Stande selbst angehören. Das geht auch ungewollt aus der sehr intimen Kenntniss der Verhältnisse und Personen hervor, mit der in dem Blatt die Dinge behandelt werden. Von dem Janmerleben der kleinen Geistlichkeit steigt der Prunk und das üppige Wohlleben der Kardinals und Domherren allerdings seltsam ab. Durch Annulation von Sinecuren — denn von Aemtern ist hier keine Rede — wird in einzelnen Fällen ein Einkommen erzielt, das einem kleinen Fürsten als eine sehr wünschenswerthe Jovillie erscheinen könnte, und der Rathschlaß mancher Kardinals berechnete sich nach Millionen. Dabei ist natürlich persönliche Lässigkeit und Geliebtheit nicht immer der Maßstab, welcher bei der Auswahl zu den hohen Stellen in der Hierarchie zur Anwendung kommt. Aristokratische Herkunft und Konnexionen sind auch hier; wie in mancher anderen Hierarchie, die besten Empfehlungen zum Vordrücken kommen. Das es unter diesen Umständen keine besonderen Agitation bedurfte, um die „scagnozzi“ zur Rebellion zu bringen, ist ebenso natürlich, wie daß die vom Pops angeordneten Gegenmittel die beabsichtigte Wirkung nicht haben werden. Unter diesen Umständen erlangt aber auch die Interpellation eines liberalen Deputirten über die wirtschaftliche Lage der niederen Geistlichkeit ein erhöhtes Interesse. Es heißt, der Deputirte Gallo würde die Regierung auffordern, zu Gunsten derselben aus eigenen Mitteln zu thun, um sie dadurch immer an das Königreich Italien zu fesseln und ihren Einfluß für die Regierung zu gewinnen. Liberale, d. h. national gesinnte Priester gibt es bereits eine große Zahl. Vielleicht wird diese sich vermehren, wenn ihnen vom Staate die Hilfe kommt, die sie vom Vatikan vergeblich erhofft haben.“

Mit andern Worten, die italienische Regierung soll sich einen „nationalen“ Klerus kaufen. Das dürfte besser sein, als der päpstliche, ist einigermassen zu bezweifeln.

Das belläufig. An sich ist es sicher eine hübsche Ironie der Geschichte, daß der Pops, der die ganze Welt mit Reizen gegen die soziale Frage verlor, der aber das Universalmittel gegen dieselbe zu verschaffen behauptet, jetzt in sein eigenes Haus Ginng halten sieht. Und während dieses Stück sozialer Frage so haderlich zu lösen wäre, weiß er kein besseres Mittel gegen dasselbe als — Mannfische.

— Fortschritt in der Maschinentechnik. G. D. White in Boston hat eine Adress-Maschine für Zeitungen erfunden, bei welcher die Adressirung nicht durch Auflesen von Zetteln, sondern durch unmittelbaren Abdruck von Typen erfolgt. Nach der in „The Paper World“ enthaltenen Abbildung und Beschreibung arbeitet die Maschine in folgender Weise: „Auf einem schmalen, langen Tisch bewegt sich in Schienen ein Schlitten, der Achselhaft mit einem Walzenpaar hat und den Abschlitten von genau gleicher Größe theilweise enthält. In der Mitte des Tisches, an dessen Rückseite, ist ein beweglicher Arm angebracht, der mittelst eines Nuthritts zum Uebergang veranlaßt wird. Das abwärts gebogene Ende dieses Armes ist so eingerichtet, daß es beim Uebergang auf die zur Adresse gehörige Sagabtheilung, bezw. auf die dazwischen gehobene Zeitung trifft. Ein kleines Harbwerl schwärzt die Zellen. Ein elastisches Röhrenchen mit Ausschnitt läßt nur die zur Adresse gehörigen Schriftzeilen dem Arm gegenüber vortreten, und eine nicht näher beschriebene Vorrichtung reinigt die abgedruckten Typen von der Farbe. Nach jedem Druck rückt der Schlitten um eine Adresse weiter, und wenn alle Adressen abgedruckt sind, wird ein neuer Schlitten eingeschoben. Bei einiger Uebung der angedeuteten Person sollen mit dieser Maschine 50 Adressen in der Minute abgedruckt werden können.“ (Sozialist.)

— Vom Proletariat der „Intelligenz“. Wir lesen im „Blätter „Volksfreund“:

„Glücklich sind diejenigen, welche etwas gelernt haben, denn ihrer harret ein Leben voll Glanz und Herrlichkeit. Amen. Die Direktion der mährischen Hypothekendarstellung hat zwei Diktandenstellen ausgeschrieben, und damit die Anstesse ja eine recht große werden kann, wollen wir der Direktion unangefordert den Gestalten erweisen und es auch in unserer Blatte bekannt geben, wie „wenig“ von den Bewerbern verlangt wird und wie „viel“ man dagegen zu zahlen gewillt ist. Die Bewerber um diese zwei Diktandenstellen müssen entweder eine Ober-Realschule oder ein Ober-Gymnasium absolviert haben und der deutschen wie böhmischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig sein, dagegen beziehen sie einen Gehalt — Lohn kann man bei diesen Proletariaten der Feder nicht gut sagen, denn das würde sich nicht schicken — von täglich einem Gulden. Ist das nicht genug? Ein Hilfsarbeiter in der ersten Wäscherei dürfte auch einen Gulden täglich verdienen; bebunden die Herren damit nicht, daß sie Arbeitsleistung eines absolvierten Oberreal- oder Gymnasialschülers, der beider Landessprachen vollkommen mächtig ist, auf solche Stufe stellen mit der Arbeit eines Tagelöhners? Wo bleibt bei solchen Ausschreibungen die sonst so gebräuchliche Redensart von dem höherem Werthe der qualifizierten Arbeit? Diese armen geistigen Tagelöhner sind wirklich sehr zu bedauern, aber nicht deshalb, weil sie so wenig bekommen, sondern weil sie mit so wenig zufrieden sind.“

Sehr richtig. Erst wenn das „gebildete Proletariat“ sich nicht mehr als besondere Klasse gegenüber der großen Klasse der Proletariat fühlt, wird auch das anders werden.

— Polemisches. Es geht uns die Nr. 5 des Cincinnatier „Volksanwalt“ zu, deren erster Artikel in einem offenen Brief des Herrn W. L. Rosenberg an den Herausgeber dieses Blattes besteht. Welchen Zweck immer dieser „offene Brief“ sonst hatte, er ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie man unter Sozialisten nicht polemisieren soll. In der That, in demselben Augenblick, da Herr Rosenberg sich darüber beklagt, daß man ihn und seine Freunde, trotz aller „persönlichen Opfer“, die sie gebracht, dem Verdacht aussetze, sie haben „den grundlegenden Prinzipien des Sozialismus den Rücken gelehrt“, schreit er sich nicht, uns, weil wir seine und seiner Freunde Taktik verurtheilt, der schmerzhaftesten Notwendigkeit zu verdächtigen. Wir könnten mit gutem Gewissen über diese Verdächtigungen schlüssigwegend hinweggehen, sie richten sich in den Augen jedes anständigen Menschen um so mehr von selbst, als jedem aufmerksamem Leser unseres Blattes und des „Sozialist“ zur Zeit der Redaktion Rosenberg die sehr wesentlichen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und jener Redaktion kein Geheimniß sein konnten. Am allerwenigsten waren sie es der Redaktion selbst, die vielmehr die erste Gelegenheit benutzte, sich an uns zu reiben. Aber wir wollen doch darauf eingehen, weil die Art, wie Herr Rosenberg gegen uns vorgeht, typisch für seine Kampfmethode ist, und insofern es erlaubt, wie die gegenseitige Verbitterung beiden einen so hohen Grad erreichen konnte.

Gleich in der Einleitung werden wir belehrt, daß wir aus einem Brief Rosenberg's an die Expedition hätten lernen können, „jedem Schein der Parteilichkeit sorgsam zu vermeiden“. Was wird unser Jenor dazu sagen, wenn wir ihm gehen, daß wir auf diesen, wie auf manchen andern „Schein“ gar nichts geben? Soweit wir Parteil nehmen, haben wir gar keinen Grund, es zu verheimlichen; wir halten es für richtiger, offen heraus unsern Standpunkt zu bekennen, als unter dem Schein der „Unparteilichkeit“ hinterrücks zu schlagen.

Denn heißt es weiter: „Statt dessen lassen Sie uns klar durchblicken, daß, wie mit ein altbewährter Kämpfer des Sozialismus aus Deutschland schreibt und der durchaus nicht unangehört in dem Sanftmüthigen Ihres Blattes ist, in der That „noch die alte Aveling-Affäre mißliebig“; daß es also die reine persönliche Ränke für Zummheiten und Nichtsnutzigkeiten Anderer ist, welche Ihnen die Feder gegen uns, die wir in letzter Linie nichts Anderes erstreben und erstreben, als die heilige Parteil von Abenteurern und Hamburgern zu führen, um den von der Majorität der heiligen Sozialisten längst ausgeführten Willen der politischen Unabhängigkeit der S. R. P. zu realisieren, in die Hand gedrückt hat.“

Wir wissen nicht, wer der „altbewährte Kämpfer“ ist, der die grünen Worte geschrieben haben soll, und in welchem Sinn er sie geschrieben, und konstatieren nur soviel, daß wer es auch sei, er jedenfalls nur verurtheilt, und nicht, wie er gesprochen haben kann. Dabei sind wir jedoch weit entfernt, zu bestreiten, daß diese Vermuthung in gewisser Beziehung zutrifft. Insofern, wir gehen offen ein, daß die „alte Aveling-Affäre“ bei unserer Beurtheilung des Konfliktes in der amerikanischen Parteil „mißgeplickt“ hat. Denn diese Affäre, die nicht ohne Juthan Rosenberg's und seiner Freunde eine öffentliche geworden, hat uns sehrzeitig gezeigt, mit welcher bodenloser Gewissenlosigkeit gerade W. L. Rosenberg bei der Hand ist, jemand, der einen andern Standpunkt vertritt als er, die persönliche Ehre abzuschneiden. Wer, wie Rosenberg damals, nicht davor zurückschreckt, wichtige Briefe zu unterschlagen, die, wenn den Genossen rechtzeitig bekannt gegeben, jenem Streit von vornherein die Spitze abgedreht hätten, wer sich nicht scheut, um persönlicher Ränke willen einen Genossen, der sich ihm vertrauensvoll in die Hand gegeben, wider besseres Wissen vor aller Welt als einen Schwindler hinstellen, der kann nicht erwarten, daß diejenigen, die diese „alte Affäre“ kennen, seinen fehlenden Aufschuldigungen gegen andere Genossen auch nur den geringsten Glauben schenken. Wenn seine „gelinde ausgebrütete“ Verbitterung eine derartige Kampfmethode gestattet, der begibt sich das Rechte, Glauben für seine Anklagen zu beanspruchen.

Wer das Vorkommende zu scharf ausgebrütet findet, den verweisen wir auf das Fiktural W. Dieckmets vom 16. Mai 1887, worin es klipp und klar heißt, „daß die Exekutive, wie ich ihr auch schon geschrieben, Aveling eine Ehrenerkennung schuldet.“

Die Ehrenerkennung ist natürlich nicht erfolgt, da leider selbst solche Genossen in Amerika, die sich überzeugt hatten, daß die Exekutive im Ureth war, diese im Fichtelinteresse nicht beschwören wollten. Dieses System, durch Unterdrückung der entscheidenden Thatfachen den Widerstreit in ein falsches Licht zu stellen, ist auch im „Sozialist“ fortgesetzt worden und hat jene Verbitterung erzeugt, für die Rosenberg jetzt die „New-Yorker Volkszeitung“ und deren Redakteur Schenkelsch als ausschließliche verantwortlich machen möchte. Wir glauben nicht an Hezenmeister, auch nicht an den Hezenmeister Schenkelsch, so wenig wir glauben, daß die Genossen in New-York, die zu dem Hezenmeister gegen die alte Exekutive Stellung nahmen, sämtlich Peante oder Kreaturen der „New-Yorker Volkszeitung“ sind. Wir haben vielmehr alle Ursache anzunehmen, daß sehr viele darunter keineswegs mit der „Volksz.“ durch Dick und Däum marschieren, sondern nur zur Ueberzeugung gekommen waren, daß die von der alten Exekutive beobachtete Haltung mit dem Parteil-Interesse unvereinbar sei.

Was uns speziell anbetrifft, denen Herr Rosenberg in seiner lebenswürdigen Raute vorwirft:

